

I. BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Industrie- und Gewerbepark Unterallgäu – 3. Bauabschnitt, Bereich 2 – Süd“

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Industrie- und Gewerbepark Unterallgäu hat in ihrer Sitzung vom 31.05.2022 den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Industrie- und Gewerbepark Unterallgäu – 3. Bauabschnitt, Bereich 2 - Süd“ gefasst. Dieser Beschluss bezieht sich ausschließlich auf die Grundstücke Fl. Nrn. 359 Gemarkung Oberkammlach, 1237 und 1238 Gemarkung Stetten (Geltungsbereich vgl. Lageplan) und wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Bebauungsplansatzung in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan mit Begründung, Umweltbericht und spezieller artenschutzrechtlicher Prüfung (saP) im Rathaus der Stadt Mindelheim, Maximilianstraße 26, Stadtbauamt, 1. Stock, Zimmer 111 (Geschäftssitz des Zweckverbandes) während der allgemeinen Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber dem Zweckverband geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Mindelheim, 14.06.2022



Dr. Stephan Winter
Verbandsvorsitzender und
Erster Bürgermeister der Stadt Mindelheim

I. BEKANNTMACHUNG

